

Gustav Wall
Haarenufer 16
26122 Oldenburg

E-Mail: gustav.wall (ät) sprechrn.de

Staatsanwaltschaft Oldenburg
Gerichtsstraße 7
26135 Oldenburg



01.10.2015

Anzeige Volksverhetzung

hier Geschäftsnummer NZS 600 AR 25223/15, Ihr Schreiben vom 24.09.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Eiser,

In Ihrem Schreiben vom 24.09.2015 werten sie "*Der Artikel gibt rein objektiv wieder, was andere Medien berichtet haben.*" Die Staatsanwaltschaft Oldenburg oder die Polizeiinspektion Oldenburg Stadt / Ammerland hat meine Eingabe vom 16.03.2015 (Vorgang 201500334598) fälschlicherweise als Hinweis gewertet. Obwohl ich bei der Anzeigenerstattung mehrmals Klartext gesagt habe, dass dies eine Anzeige ist und in der Bescheinigung der Polizeiinspektion Oldenburg Stadt / Ammerland unmissverständlich festgehalten ist:

"Herr Gustav Wall hat hier am 16.03.2015 folgende Anzeige erstattet".

Ich hoffe sehr, dass die Staatsanwaltschaft Oldenburg bei den Ermittlungen in der Sache "Anzeige wegen Volksverhetzung" für die **objektive Wertungen** alle verfügbaren Tatsachen heranzieht. Nach meiner Auffassung sind es folgende **Tatsachen**:

Deutschlandfunk (DLF) hat in den halbstündlichen Nachrichtenausgaben den ganzen Tag am 15.03.2015 die Meldung [1] wiederholt.

In der Pressemeldung [1] hat der Sender DLF mit keinem Wort erwähnt, dass die Originalmeldung [2] über 100 angeblich in der Ukraine kämpfende Spätaussiedler Hinweise enthält, dass keine amtliche Stelle die Gerüchte bestätigt hat. Bereits die Überschrift [1] "Deutsche Staatsbürger kämpfen in der Ostukraine" stellt nach meiner Auffassung eine Tatsachen-Behauptung dar, die unwahr ist und für die der Generalbundesanwalt trotz eines Prüfverfahrens seit März bis heute keine Nachweise vorgelegt hat - s. dazu [5]. Weitere unbestätigte und damit **verleumderische Tatsachen-Behauptung** in [1] ist "Wie die Zeitung ... berichtet, handelt es sich bei den meisten von ihnen um Russland-Deutsche". Auch in diesem Fall haben die DLF-Redakteure grob verleumderisch gegen den Pressekodex verstoßen, da sie in der Quelle [2] enthaltene Hinweise, dass keine amtliche Stelle diese Gerüchte bestätigt hat, in der Meldung [1] weggelassen haben.

Dem Pressekodex des Deutschen Presserates [3] habe ich entnommen:

"Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen."

Ziel meiner Anzeige wegen Volksverhetzung ist zu ermitteln, warum der DLF bei der Verbreitung von unbestätigten verleumderischen Gerüchten über die Volksgruppe Spätaussiedler die entscheidende Hinweise der Originalmeldung [2], dass keine amtliche Stelle diese Gerüchte bestätigt hat, weggelassen hat - s. Pressekodex des Deutschen Presserates [3].

Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass die Pressemeldungen [1] und [2] von den Ermittlungsorganen so ernst genommen werden, dass der Generalbundesanwalt einen Prüfverfahren [5] eingeleitet hat, um die Vorwürfe gegen die Angehörige einer Volksgruppe zu prüfen. Gleichzeitig sieht die Staatsanwaltschaft Oldenburg keinen Anfangsverdacht und verzichtet auf die Ermittlungen gegen die verantwortliche Redakteure beim Deutschlandfunk, die verleumderische Gerüchte über die Volksgruppe Spätaussiedler verbreiten ohne entscheidenden Hinweis aus der Originalquelle, dass keine amtliche Stelle diese Gerüchte bestätigt hat [1].

Nach meiner Auffassung enthält die Verbreitung von verleumderischen Gerüchten über die Volksgruppe Spätaussiedler ohne entscheidende Hinweise der Originalmeldung, dass keine amtliche Stelle diese Gerüchte bestätigt hat, zumindest einen Tatverdacht der Volksverhetzung.

Warum der DLF die Originalmeldung um entscheidende Hinweise, dass keine amtliche Stelle diese Gerüchte bestätigt hat, gekürzt hat - das erhoffe ich mir von Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft.

[1] Nachweise Hetze gegen Spätaussiedler im Deutschlandfunk, 16.03.2016 - http://sprechrund.de/web21/fileadmin/Rundfunkveranstalter/deutschlandfunk/Programmbeschwerde/Hetze_gegen_Spaetaussiedler_im_Deutschlandfunk/2015-03-16/Nachweise_Hetze_gegen_Spaetaussiedler_im_Deutschlandfunk.pdf#page=2

[2] Krieg gegen Kiew. Mehr als 100 Deutsche kämpfen in der Ostukraine, 15.03.2015 - <http://www.welt.de/politik/deutschland/article138417678/Mehr-als-100-Deutsche-kaempfen-in-der-Ostukraine.html>

[3] Pressekodex des Deutschen Presserates - <http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/>

[4] Medien, Bürger und Politiker als Spielbälle der Geheimdienste im Ukraine-Konflikt, 16.03.2015 - <http://neue-medienordnung-plus.sprechrund.de/?id=2784>

[5] Ergebnisse des Prüfverfahrens "Deutsche im Kampfeinsatz in der Ukraine", Anfrage an den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 21.08.2015 - <https://fragdenstaat.de/a/11136>

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Wall